

Der Bundeshaushalt 1963

Der vorliegende Aufsatz gibt einen Überblick über den Bundeshaushalt 1963 an Hand der vorläufigen Gebarungsergebnisse. Er beschreibt die Struktur von Einnahmen und Ausgaben und erläutert seine volkswirtschaftliche Problematik.

Überblick

Das Defizit im Bundeshaushalt hat sich in den letzten zwei Jahren merklich vergrößert. Im Hochkonjunkturjahr 1961 war es noch gelungen, ein „konjunkturneutrales“ Budget zu erstellen. Der formale Gesamtabgang von 0,9 Mrd. S war etwas kleiner als die Ausgaben für Schuldentilgungen. 1962 stieg jedoch das Defizit auf 1,7 Mrd. S, 1963 war es mit 4,1 Mrd. S das zweithöchste seit 1945 (1958 5,5 Mrd. S). Nach Abzug der Schuldentilgungen verblieben Netto-Defizite von 0,5 Mrd. S und 2,6 Mrd. S. Der Bund nahm 1963 per Saldo 2,0 Mrd. S Kredite auf (3,5 Mrd. S brutto abzüglich 1,5 Mrd. S Tilgungen) und entnahm 0,35 Mrd. S seinen Kassenreserven. (Das restliche Defizit von 0,25 Mrd. S stammt aus einer Rücklagenbildung, für die noch keine Finanzierungsmittel bereitgestellt wurden.)

Der Abgang im Bundeshaushalt vergrößerte sich 1963, da die Ausgaben (+9%) stärker wuchsen als die Einnahmen (+5%). Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen läßt sich konjunkturpolitisch rechtfertigen. Obwohl die Wirtschaft 1963 (nicht zuletzt infolge der überproportionalen Aus-

weitung der öffentlichen Ausgaben) stärker wuchs als 1962, wurde der reale Expansionspielraum nicht voll ausgeschöpft. Allerdings hatte der Preisauftrieb, der zwar nicht eine Folge der Kaufkraftsteigerung war, wohl aber durch sie erleichtert wurde, eine etwas vorsichtigere Ausgabenpolitik nahegelegt. Problematisch war aber jedenfalls die Verteilung der öffentlichen Ausgaben. Die investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes stiegen nur um 3% (schwächer als die Preise für Investitionsgüter), die übrigen (konsumfördernden) Ausgaben um 10%. Dadurch wurde die Spaltung der Konjunktur verstärkt, an der die österreichische Wirtschaft seit Mitte 1961 krankt.

Der formelle Gesamtabgang von 4,1 Mrd. S ist um 0,75 Mrd. S höher, als der Voranschlag annahm. Die Überschreitung des präliminierten Defizites erklärt sich daraus, daß im Voranschlag einmalige Einnahmen (Erlöse aus dem Verkauf von Deutschem Eigentum, Eingänge aus dem Kreuznacher Abkommen) eingesetzt wurden, die zumindest in dieser Höhe nicht erwartet werden konnten. In beiden Fällen handelt es sich übrigens um Einnahmen, die nicht oder zumindest nur teilweise aus dem heimischen Einkom-

Der Bundeshaushalt seit 1962

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (-)		
	1962 Erfolg	1963 Vorläufiger Erfolg Mill. S	1964 Bundes- voranschlag	1962 Erfolg	1963 Vorläufiger Erfolg Mill. S	1964 Bundes- voranschlag	1962 Erfolg	1963 Vorläufiger Erfolg Mill. S	1964 Bundes- voranschlag
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung ¹⁾	38.726	41.219	41.137 ²⁾	39.804	41.583	42.272 ²⁾	+1.078	+364	+1.135
Monopole	712	846	804	1.143	1.344	1.407	+431	+498	+603
Betriebe	5.009	5.382	5.729	4.931	5.229	5.613	-78	-153	-116
Bundesbahnen	8.224	8.547	9.096	6.532	6.761	6.945	-1.692	-1.786	-2.151
Zusammen	52.671	55.994	56.766²⁾	52.410	54.917	56.237²⁾	-261	-1.077	-529
Außerordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	497	1.969	2.146	44	35	—	-453	-1.934	-2.146
Betriebe	946	1.094	1.201	—	—	—	-946	-1.094	-1.201
Zusammen	1.443	3.063	3.347	44	35	—	-1.399	-3.028	-3.347
Gesamterfolg	54.114	59.057	60.113²⁾	52.454	54.952	56.237²⁾	-1.660	-4.105	-3.876
Anlehensgebarung	762 ³⁾	—	—	2.582 ³⁾	—	—	+1.820	+3.742	—
Unwirksame Gebarung	1.798	—	—	615	—	—	-1.183	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	-769	—	—

¹⁾ Bis 1962 einschließlich ERP-Gebarung. — ²⁾ Erstmals von Durchlaufposten bereinigte Werte. — ³⁾ Ohne Prolongierung und Konsolidierung von Finanzschulden (Durchlaufposten).

menskreislauf abgezweigt werden und daher bei Ermittlung des konjunktur wirksamen Defizites vernachlässigt werden sollten. Die Zahlungen aus dem Kreuznacher Abkommen stammen von der Bundesrepublik Deutschland und vergrößern den Zahlungsbilanzüberschuß. Verkäufe von bestehenden Vermögenswerten beeinflussen zwar die Liquidität der Wirtschaft, beschränken aber nicht den privaten Konsum und vermutlich nur wenig die Investitionsneigung der Wirtschaft. Abgesehen von diesen beiden Posten erwies sich der Voranschlag 1963 als bemerkenswert realistisch. Der veranschlagte Ausgabenrahmen wurde zum ersten Male seit 1945 strikt eingehalten (unvermeidliche Mehrausgaben wurden durch Einsparungen ausgeglichen). Die Steuererträge wurden richtig geschätzt. Die Erstellung klarer und wirklichkeitsnaher Voranschläge ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Haushaltspläne reibungslos durchgeführt und der Finanzminister auf die oft bemängelten Ausgabenbindungen zu Beginn eines Budgetjahres verzichten kann.

Struktur von Ausgaben und Einnahmen

Die Gesamtausgaben des Bundes waren 1963 mit 59 06 Mrd. S (davon 3 06 Mrd. S im a. o. Haushalt) um 4 94 Mrd. S oder 9% höher als 1962. Der Mehraufwand wurde überwiegend konsumtiv verwendet; für Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung wurden insgesamt nur 0 21 Mrd. S (+3%) zusätzlich ausgegeben. Dagegen erhöhten sich der Personalaufwand um 1 28 Mrd. S, der Aufwand für Sozialversicherung um 0 71 Mrd. Schilling, die Beihilfen und Unterstützungen um 0 67 Mrd. S, die Käufe von Vermögenswerten um 0 65 Mrd. S, der Sachaufwand der Landesverteidigung um 0 45 Mrd. S, die Kosten der Staatsschuld um 0 43 Mrd. S und die Subventionen um 0 34 Mrd. S. Größere Einsparungen waren nur im laufenden Sachaufwand der Verwaltung (—0 43 Mrd. S) möglich.

Der *Personalaufwand* stieg um 7% (+1 28 Mrd. Schilling) auf 19 37 Mrd. S. Davon entfielen 13 58 Mrd. S auf Aktivbezüge und 5 79 Mrd. S auf Pensionen. Der Anteil der Personalkosten war mit 33% der Gesamtausgaben ebenso hoch wie in den beiden Vorjahren.

Der Aufwand für *Beihilfen, Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 11% (+67 Mrd. S) auf 6 95 Mrd. S. Der Großteil des Mehraufwandes entfiel auf Kinder- und Familien-

Struktur der Bundesausgaben

	1962 Erfolg	1963		1964 Bundes- vor- anschlag
		Vor- läufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	
Mill. S				
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	7.063	7.654	+ 591	8.152
Pensionen	2.574	2.743	+ 169	2.931
Beihilfen, Renten, Unterstützungen	6.281	6.948	+ 667	7.360
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	3.985	4.697	+ 712	5.194
Subventionen	2.466	2.808	+ 342	2.917
Staatsschuld	2.305	2.736	+ 431	3.306
Brutto-Invest. der ordentl. Gebarung	2.441	2.304	— 137	2.552
Investitionsförd. d. ordentl. Gebarung	1.269	930	— 339	960
Instandhaltung und Reparaturen	539	554	+ 15	574
Ablöselieferungen an die UdSSR	326	331	+ 5	51
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	838	931	+ 93	870
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	1.374	1.295	— 79	1.333
Erwerb von Vermögenswerten	898	1.300	+ 402	410
Laufende Transfers an Länder, Gemeinden, Fonds usw.)	512	613	+ 101	718
Durchlaufposten (unechter Aufwand)	2.997	2.950	— 47	674
Übriger Sachaufwand (Restpost)	2.858	2.425	— 433	3.135
Summe I.	38 726	41 219	+ 2 493	41 137
II. Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	5.507	5.924	+ 417	6.107
Pensionen	2.950	3.053	+ 103	3.144
Betriebsaufwand	3.754	4.001	+ 247	4.001
Instandhaltung	758	830	+ 72	819
Brutto-Invest. der ordentl. Gebarung	976	967	— 9	1.558
Summe II.	13 945	14 775	+ 830	15 629
III. Außerordentliche Gebarung				
Landesverteidigung	—	530	+ 530	540
A. o. Invest. der Hoheitsverwaltung	460	699	+ 239	622
A. o. Invest. der Betriebe	938	1.081	+ 143	1.178
A. o. Investitionsförderung, Kapitalerwerb usw.	45	753	+ 708	1.007
Summe III.	1.443	3.063	+ 1.620	3.347
Ausgaben insgesamt (I bis III)	54.114	59.057	+ 4.943	60.113

Personalaufwand

	1962 Erfolg	1963		1964 Bundes- vor- anschlag
		Vor- läufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	
Mill. S				
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	7.063	7.654	+ 591	8.152
Monopole und Betriebe	5.507	5.924	+ 417	6.107
	12 570	13.578	+ 1.008	14 259
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	2.574	2.743	+ 169	2.931
Monopole und Betriebe	2.950	3.053	+ 103	3.144
	5.524	5.796	+ 272	6.075
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	9.637	10.397	+ 760	11.083
Monopole und Betriebe	8.457	8.977	+ 520	9.251
	18.094	19.374	+ 1.280	20.334

beihilfen (+525 Mill. S). Damit sollte kinderreichen Familien die Verteuerung der amtlich preisgeregelten Grundnahrungsmittel (Brot, Mehl, Milch, Zucker) abgegolten werden. Außerdem wurden die seit Jahren nahezu unveränderten Sätze der

Arbeitslosenversicherung etwas erhöht (+0 11 Mrd S).

Beihilfen, Renten und Unterstützungen

	1962	1963		1964
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
Kinder- und Familienbeihilfen usw.	3 891	4 416	+ 525	4 750
Kriegsopferfürsorge	1 372	1 413	+ 41	1 418
Arbeitslosenunterstützungen	683	794	+ 111	813
Opferfürsorge und Kleinrentner	91	91	0	114
Sonstiges	244	234	- 10	265
	6 281	6 948	+ 667	7 360

Die dritte und letzte Etappe der Rentenreform und der laufende Mehraufwand der Sozialversicherung kostete den Bund 0 71 Mrd. S oder 18% mehr als im Vorjahr. Damit haben sich die *Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung* (insgesamt 4 70 Mrd. Schilling) in den letzten drei Jahren (seit 1960) nahezu verdoppelt. 1964 werden sie nur um etwa 10% steigen.

Für *Subventionen* wurden 2 81 Mrd. S ausgegeben, um 0 34 Mrd. S oder 14% mehr als 1962. Die Milchpreisstützung allein kostete um 0 48 Mrd. Schilling (+40%) mehr, weil der Erzeugerpreis für Milch von 50 g auf 70 g pro Liter erhöht wurde. Bei fast allen übrigen Positionen (z. B. Brotgetreide, Futter- und Düngemittel) ließen sich Einsparungen erzielen.

Subventionen

	1962	1963		1964
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
Brotgetreide	782	694	- 88	666
Milch	1 202	1 684	+ 482	1 753
Sonstige Lebensmittel	33	52	+ 19	40
Futtermittel	115	76	- 39	186
Düngemittel	306	276	- 30	244
Sonstige Preisstützungen	28	26	- 2	28
	2 466	2 808	+ 342	2 917

Die Kosten der *Staatsschuld* stiegen infolge höherer Tilgungen um 0 43 Mrd. S (+19%) auf 2 74 Mrd. S. Eine im Vorjahr aufgeschobene Schatzscheintilgung (310 Mill. S) wurde nachgeholt. Insgesamt konnte die kurz- und mittelfristige Finanzschuld um 0 62 Mrd. S verringert werden. Die Konsolidierungspolitik des Bundes wurde im Mai 1964 mit der Umwandlung von 1 Mrd. S Schatzscheine in langfristige Bundesobligationen fortgesetzt und vorläufig abgeschlossen. Vom Gesamtaufwand entfielen 1 2 Mrd. S auf Zinsen und 1 5 Mrd. S auf Tilgungen.

Für *Investitionen* und investitionsähnliche Zwecke (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung) stellte der Bund insgesamt 7 77 Mrd. S bereit, um 0 21 Mrd. S oder 3% mehr als im Vorjahr. Der geringe Mehraufwand reichte nicht aus, die schwache Investitionsgüterkonjunktur zu stützen. Das hohe Budgetdefizit und die Finanzierungsschwierigkeiten des Bundes ließen jedoch keine stärkere Dotation der Investitionen zu. Die Gesamtsumme verteilt sich wie folgt: Investitionen 5 05 Mrd. S (+0 24 Mrd. S), Instandhaltung 1 57 Mrd. S (+0 09 Mrd. S) und Investitionsförderung 1 15 Mrd. S (-0 12 Mrd. S).

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

	1962	1963		1964
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill. S				
I Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	2 105	2 035	- 70	2 157
Hochbauten	379	424	+ 45	490
Wasserbau und sonstige Bauten	118	201	+ 83	132
Inventar Maschinen, Fahrzeuge	299	343	+ 44	395
Investitionen insgesamt	2 901	3 003	+ 102	3 174
Instandhaltung	539	554	+ 15	574
II Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahnen	1 260	1 292	+ 32	1 592
Post	567	666	+ 99	1 046
Sonstige	87	90	+ 3	98
Investitionen insgesamt	1 914	2 048	+ 134	2 736
Instandhaltung	758	830	+ 72	819
III Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	277	145	- 132	228
Land- und Forstwirtschaft	425	510	+ 85	615
Industrie, Gewerbe, Handel	310	228	- 82	114
Sonstige Darlehen und Zuschüsse ¹⁾	257	267	+ 10	336
Summe III	1 269	1 150	- 119	1 293
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt	7 560	7 770	+ 210	8 731
davon Brutto-Investitionen	4 815	5 051	+ 236	5 910
Instandhaltung ²⁾	1 476	1 569	+ 93	1 528
Investitionsförderung	1 269	1 150	- 119	1 293

¹⁾ Hochschulen (Zuschuß an Länder), Atomenergie usw. — ²⁾ Davon militärische Bauten 179, 185 bzw. 135 Mill. Schilling

Die öffentlichen *Wohnbaufonds* (Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds und Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds) werden vom Bund verwaltet, aber nicht im Budget verrechnet (außerbudgetäre Fonds). Beiden Fonds standen 1963 1 8 Mrd. S an Steuern, Anleihen, Darlehensrückflüssen und Bundeszuschüssen zur Verfügung. Tatsächlich verbaut wurden 1 6 Mrd. S, um 0 14 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Ein Teil der Fondsmittel muß für den Schuldendienst sowie für sonstige Ausgaben abgezweigt werden, der Rest wird für bereits genehm-

migte, aber noch nicht abgerechnete Bauten reserviert.

Baufinanzierung der öffentlichen Wohnbaufonds

	1962	1963	1964	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Schätzung
Mill S				
I Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds ((WWF)	932	981	+ 49	1 100
Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds (BWSF)	508	602	+ 94	600
Gefördertes Bauvolumen	1.440	1.583	+143	1.750
II Bedeckung				
Beiträge zum WWF	1 083	1 084	+ 1	1 260
Anleihen des WWF	220	—	-220	—
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	476	484	+ 8	490
Darlehensrückflüsse	200	230	+ 30	260
Bundeszuschüsse	93	20	- 73	100
	2 072	1.818	-254	2 100

Die *Einnahmen* des Bundes erreichten 1963 54 95 Mrd S, um 2 50 Mrd S oder 5% mehr als 1962. Sie stiegen im Gegensatz zu den Ausgaben schwächer als das Brutto-Nationalprodukt (+7%). Die Steuer- und Abgabenerträge wuchsen stärker (+9%), die übrigen Einnahmen stagnierten (-1%).

Struktur der Bundeseinnahmen

	1962	1963	1964	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
I Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	26 465	28 859	+2 394	30 810
Steuerähnliche Einnahmen	5 331	5 665	+ 334	6 140
Laufende Beiträge anderer öffentl. Körperschaften und Fonds	616	591	- 25	547
Überweisungen aus dem Ausland	867	50	- 817	497
Zinsen (ohne ERP)	404	371	- 33	323
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	253	200	- 53	302
Gewinnanteile und Vermögenserträge	833	955	+ 122	714
Veräußerungserlöse	521	400	- 121	722
Pensionsbeiträge der Beamten	218	235	+ 17	249
Durchlaufposten (unechte Erträge)	2 997	2 950	- 47	674
Laufende Ressort-einnahmen und Kostenersätze (Restpost)	1.299	1.307	+ 8	1.294
Summe I	39 804	41 583	+ 1 779	42 272
II Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	1 143	1 344	+ 201	1 407
Post	3 938	4 236	+ 298	4 627
Bundesbahnen	6 632	6 761	+ 229	6 945
Sonstige Betriebe	993	993	0	986
Summe II	12.606	13.334	+ 728	13.965
Ordentliche Einnahmen (Summe I und II)	52 410	54 917	+2 507	56 237
III Außerordentliche Gebarung	44	35	- 9	—
Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)	52 454	54 952	+2.498	56.237

An *öffentlichen Abgaben* gingen brutto 43 16 Mrd S (+3 08 Mrd S oder 8%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) 28 86 Mrd S (+2 39

Mrd S oder 9%) ein. Im Gegensatz zu den Vorjahren, wo die Erträge an direkten Steuern stärker expandierten als die der indirekten, verteilte sich der Ertragszuwachs 1963 gleichmäßig auf beide Abgabensarten (je +8%). Die nachlassende Ergiebigkeit der direkten Steuern war zu erwarten, weil die Lohn- und Einkommensteuersätze Mitte 1962 gesenkt wurden und die Konjunkturschwäche 1961/62 die Unternehmererträge schmälerte (die Steuerleistungen der Unternehmungen hinken etwa zwei Jahre den Erträgen nach).

Von den *direkten Steuern* (insgesamt 17 98 Mrd S) brachte die veranlagte Einkommensteuer (4 77 Mrd S) um 0 52 Mrd S oder 12% mehr als 1962. Dagegen sanken die Körperschaftsteuererträge (2 18 Mrd S) um 0 14 Mrd S oder 6%. Die gegenläufige Entwicklung deutet darauf hin, daß die Kapitalgesellschaften früher und stärker von der Konjunkturdämpfung betroffen wurden als die übrigen Unternehmungen. Das Lohnsteueraufkommen stieg nur um 0 16 Mrd S (4 5%) auf 3 64 Mrd S, weil sich die Steuersenkung 1962 erstmalig ganzjährig auswirkte. Die Gewerbesteuererträge wuchsen hingegen nach wie vor kräftig um 0 33 Mrd S (10%) auf 3 64 Mrd S. Die neu eingeführte Sondersteuer vom Vermögen ließ den Erfolg der Vermögensteuer um 0 31 Mrd S (+52%) auf 0 90 Mrd S steigen.

Von den *indirekten Steuern* (insgesamt 25 18 Mrd S) entfielen 11 12 Mrd S (+0 78 Mrd S oder knapp 8%) auf die Umsatzsteuer. Die Zölle (3 60 Mrd S) erbrachten um 0 18 Mrd S (5%) mehr als im Vorjahr. Die Verbrauchsteuern (5 63 Mrd S) warfen um 0 50 Mrd S (10%) und die Gebühren und Verkehrssteuern (4 66 Mrd S) um 0 33 Mrd S (8%) mehr ab als 1962.

An *steuerähnlichen Einnahmen*, die hauptsächlich von der Lohnsumme bemessen werden, gingen 5 66 Mrd S ein, um 0 33 Mrd S oder 6% mehr als im Vorjahr.

Die *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung, überwiegend „Kostenersätze“, Vermögenserträge und Veräußerungserlöse, waren insgesamt stark rückläufig (-0 95 Mrd S). Empfindliche Ausfälle ergaben sich vor allem aus dem Titel der Überweisungen aus dem Ausland (-0 82 Mrd S), da veranschlagte Einnahmen auf Grund des Kreuznacher Abkommens (458 Mill. S) 1963 nicht mehr eingingen. Außerdem wurden die erwarteten Veräußerungserlöse nicht erreicht (-121 Mill. S), weil das ehemalige deutsche Eigentum nur zögernd verkauft werden kann. Nur die Vermögenserträge (0 95 Mrd. S) waren um 0 12

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1962	1963		1964
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill. S				
A. Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	4.252	4.768	+ 516	5.000
Lohnsteuer	3.645	3.809	+ 164	4.400
Körperschaftsteuer	2.321	2.182	- 139	2.600
Vermögenssteuer (einschl. Sondersteuer)	591	896	+ 305	1.050
Gewerbesteuer	3.310	3.637	+ 327	4.000
Beiträge zum WWF	1.083	1.084	+ 1	1.259
Beiträge f. d. Länder zur Wohnbauförderung	515	542	+ 27	604
Beiträge f. d. Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	309	325	+ 16	362
Wohnbauförderungsbeitrag (BWSF)	476	484	+ 8	480
Sonstige direkte Steuern	200	256	+ 56	211
Summe 1	16.702	17.983	+ 1.281	19.966
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	10.341	11.124	+ 783	11.850
Zölle	3.424	3.599	+ 175	3.750
Tabaksteuer	2.019	2.178	+ 159	2.295
Mineralölsteuer	2.576	2.810	+ 234	3.100
Biersteuer	401	484	+ 83	450
Weinsteuer und Branntweinabgabe usw.	136	154	+ 18	172
Rechnungsstempel	1.772	1.861	+ 89	2.028
Beförderungssteuer	498	522	+ 24	510
Grundwerbsteuer	347	336	- 11	345
Versicherungssteuer	239	264	+ 25	280
Kraftfahrzeugsteuer	232	311	+ 79	370
Erbschaftsteuer	171	167	- 4	170
Erbschaftsteueräquivalent	204	235	+ 31	250
Außenhandelsförderungsbeitrag	197	200	+ 3	198
Sonstige Gebühren u. Abgaben	819	934	+ 115	1.046
Summe 2	23.376	25.179	+ 1.803	26.814
Öffentliche Abgaben brutto	40.078	43.162	+ 3.084	46.780
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	13.613	14.303	- 690	15.970
Öffentliche Abgaben netto (A)	26.465	28.859	+ 2.394	30.810
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	992	963	- 29	991
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	3.371	3.599	+ 228	3.880
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	378	394	+ 16	432
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	320	327	+ 7	339
Zweckgebundene Einnahmen für Preisausgleiche	252	365	+ 113	481
Sonstige	18	17	- 1	17
Summe B	5.331	5.665	+ 334	6.140
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt (A + B)	31.796	34.524	+ 2.728	36.950

Mrd. S (15%) höher als im Vorjahr. Sie stammen überwiegend aus Gewinnanteilen des Bundes an der Nationalbank (183 Mill. S) und an den verstaatlichten Banken und Unternehmungen (306

Mill. S) sowie aus Montangebühren (Förderzins 241 Mill. S).

Die Einnahmen der Betriebe und Monopole waren mit 13,33 Mrd. S um 0,73 Mrd. S (+6%) höher als 1962. Der Mehrertrag beruht auf echten Leistungssteigerungen, die Tarife blieben unverändert. Die Monopole steigerten ihre Einnahmen um 18%, die Post um 8% und die ÖBB um 4%. Das Netto-Defizit der Betriebe und Monopole stieg geringfügig von 1,34 Mrd. S (1962) auf 1,44 Mrd. S.

Die Bundesschuld stieg 1963 um 2,04 Mrd. S (9%) auf 25,06 Mrd. S. Ihr Anteil am Brutto-Nationalprodukt blieb seit 1960 annähernd konstant (12% bis 14%). 1950 hatte er noch 21% und 1937 39% betragen. Die laufenden Kosten der Bundesschuld sind allerdings ziemlich hoch und nehmen ständig zu. Für Tilgung und Verzinsung mußten 1963 2,74 Mrd. S aufgewendet werden, 1,4% des Brutto-Nationalproduktes (1962: 1,2%) 1964 werden es voraussichtlich 1,5% sein. Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld ist in den letzten Jahren ständig gestiegen (1963: 5,0%, 1962: 4,8%, 1961: 4,5%) und ist viel höher als vor dem Krieg (1937: 3,7%).

Stand der Finanzschulden des Bundes¹⁾

	1961		1962		1963	
	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung
Mill. S						
I Auslandsschuld						
davon						
a) Titrierte Schuld	2.716	+ 942	1.656	- 1.060	1.523	- 133
b) Nicht titrierte Schuld	502	- 52	2.017	+ 1.515	2.634	+ 617
Summe I	3.218	+ 890	3.673	+ 455	4.157	+ 484
II Inlandsschuld						
1 Fundierte Schuld	11.738	- 270	12.230	+ 492	14.425	+ 2.195
a) Titrierte Schuld	8.435	+ 271	9.268	+ 833	11.151	+ 1.883
b) Nicht titrierte Schuld	3.303	- 541	2.962	- 341	3.274	+ 312
2 Schwebende Schuld ²⁾	7.392	- 586	7.115	- 277	6.480	- 635
Summe II	19.130	- 856	19.345	+ 215	20.905	+ 1.560
Gesamte Bundesschuld	22.348	+ 34	23.018	+ 670	25.062	+ 2.044
davon						
Kurzfristig ³⁾	8.404	- 963	7.677	+ 494	7.339	- 338
Mittelfristig ⁴⁾			1.221		939	
Langfristig ⁵⁾	13.944	+ 997	14.120	+ 176	16.784	+ 2.664

¹⁾ Jeweils zu Jahresende — ²⁾ Laufzeit bis einschl. 1 Jahr (Bundesschatzscheine) — ³⁾ Laufzeit bis einschl. 3 Jahre. — ⁴⁾ Laufzeit von 3 bis 5 Jahre. — ⁵⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre

Anton Kausel